

26. IV. 1918

29

Das Kabinett Seidler bleibt.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

fr Wien, 26. April.

Die parlamentarische Krisis hat mit einer Ueberraschung geendet. Das Ministerium Seidler bleibt! Der springende Punkt war der von der schlagledigen Abordnung der Verfassungs- und der Mittelpartei des Herrenhauses überreichte Beschluß, der eine ziemlich scharfe Kritik gegen das Kabinett Seidler enthielt, und es war seit gestern bekannt, daß der Ministerpräsident die Absicht habe, falls die beiden Herrenhausgruppen, die ziffermäßig die Mehrheit im Herrenhause darstellen, auf dem in dieser Form zum Ausdruck gebrachten Mißtrauen beharren, zurückzutreten. Die Unterredung der Abordnungen der Herrenhauspartei mit Dr. von Seidler dauerte mehr als drei Stunden. Der für 14 Uhr nachmittags angesetzte Ministerrat wurde insolge dessen auf den Abend verschoben. Das Ergebnis der Unterredung besteht darin, daß die führenden Mitglieder der beiden Gruppen des Herrenhauses Dr. v. Seidler offiziell die Versicherung gegeben haben, daß die Entschliegung in keiner Weise als Mißtrauen gegen das gegenwärtige Kabinett aufzufassen sei und daß die Verfassungs- und die Mittelpartei so wenig wie bisher in der Zukunft die Absicht haben, der Regierung ihre Unterstützung zu versagen.

Ueber die Unterredung soll noch in den späten Nachtstunden eine amtliche Mitteilung veröffentlicht werden, in der auch das Recht der freien Meinungsäußerung der Krone im politischen Leben, jedoch unter völliger Deckung der Regierung, ausgesprochen und vertreten wird. Zugleich wird darin bekannt gegeben werden, daß diese Erklärung vollkommen den Anschauungen des Kaisers entspricht. Aus der Besprechung des Ministerpräsidenten mit den Herrenhausmitgliedern wird bekannt, daß Dr. v. Seidler erklärt habe, er sei bereit, für alle politischen Handlungen der Krone, mögen sie eine Gegenzeichnung tragen oder nicht, die Verantwortung zu übernehmen und zu tragen.

Der Ministerpräsident war auch in der Lage, dem allgemein verbreiteten Vorwurf entgegenzutreten, er habe dem Grafen Czernin als Minister des Aeußern nicht genügend unterstützt. Er besäße Beweise dafür, daß niemals zwischen ihm und dem Grafen Czernin sachliche Meinungsverschiedenheiten bestanden hätten. Durch die am Schlusse der Unterredung abgegebene Erklärung der Abordnung der beiden Herrenhausgruppen war der unmittelbare Anlaß, der zum Rücktritt Dr. v. Seidlers hätte führen können, beseitigt. Die Nachwirkung dieser Entspannung machte sich im Abgeordnetenhaus auch sofort bemerkbar. Die deutsche Partei, die noch vormittags — offenbar stark unter dem Einfluß des Vorstoßes aus dem Herrenhaus — eine oppositionelle Stellung gegenüber der Regierung eingenommen hatte, ließ abends dem Ministerpräsidenten die Mitteilungen zugehen, daß sie auf der Durchsetzung ihrer nationalen Forderungen im gegenwärtigen Augenblick nicht mehr bestehen, und daß sie sich gegenüber dem Kabinett freie Hand vorbehalte. Damit ist auch im Abgeordnetenhaus der letzte Anstoß, der jetzt zu einer Regierungskrise hätte

Die deutschen Parteien erwarten ihr Heil im Kampf gegen die Slawen wieder einmal von der Regierung und wollen, daß man ihnen von oben her jene nationalen Errungenschaften fertig in den Schoß legt, die sie bisher weder erkämpfen noch durch Verhandlungen mit dem Gegner erwerben konnten. Eine absolute Einigkeit herrscht allerdings in dieser Beziehung unter den Deutschen Oesterreichs nicht. Eine Anzahl gemäßigter Elemente, besonders alpenländische Vertreter, sind über den Bruch mit der Regierung keineswegs begeistert. Aber das Bezeichnendste an der Lage ist, daß die deutsch-slawischen, nur nicht die Vertreter Deutsch-Böhmens, wieder einmal die Initiative in die Hand bekommen haben und nun den ohnehin nicht sehr fest zusammengefügten nationalen Verband vor die Wahl stellen, entweder ihrer Führung zu folgen oder aufs Neue gesprengt zu werden. Ebenso bezeichnend ist es, daß die Einflüsse dieser Gruppe und wohl auch anderer Kreise, die an dem Sturz des Herrn v. Seidler irgendwie interessiert sind, ihren Eingang in die anderen deutschen Fraktionen gefunden haben, so daß jede einzelne dieser Gruppen und Gruppchen von einer Spaltung bedroht wird. Es würde zu weit führen, diese verschiedenen Unterströmungen hier im einzelnen zu verfolgen, die das ohnehin nicht ganz einfache Bild der deutschen Parteien noch weiter komplizieren. Es sei beispielsweise auf die auch schon hier erwähnten auffällig deutsch-national gefärbten und direkt gegen Dr. v. Seidler gerichteten Artikel des „Fremdenblattes“ hingewiesen.

Man sieht also, daß der Sturm gegen Dr. v. Seidler teilweise nur sehr lose mit der Frage des Konstitutionalismus zusammenhängt. Auf slawischer Seite taucht der nicht ganz unbedeutende Vorwurf auf, daß sich hier ungefähr die gleiche Konstellation wieder zusammenfindet, die vor Jahresfrist für die Regelung der Nationalitätenfrage auf dem Verordnungswege, des sogenannten Oktroi, eingetreten ist, also für eine durchaus unkonstitutionelle Methode. Das ist eine nicht nur äußerliche Erscheinung, sie wird vielmehr durch die Tatsache vertieft, daß, wie schon erwähnt, die Deutschen oder ein großer Teil von ihnen ihre Forderungen gegenüber den Tschechen durch die Kraft der Regierung erfüllt sehen wollen. Das würde in der Praxis vermutlich wieder auf einen Oktroi hinauslaufen, aber auch die Tschechen, so demokratisch ihre überwiegende Mehrheit fühlt, schwärmen für die parlamentarische Regierungsform nur dann, wenn sie sich Vorteile davon versprechen. So findet augenblicklich der Kaiserbrief nirgends wärmere Beurteilung als bei den Tschechen, und zwar auf Grund einer sonderbaren Interpretation, auf die hier nicht eingegangen zu werden braucht, die aber für das Gefühl der Tschechen für Berlin durchaus kennzeichnend ist. Trotzdem haben die Tschechen natürlich keinen Anlaß, das Kabinett Seidler jetzt zu unterstützen. Sie haben es allerdings niemals ernstlich gefährdet, sondern ihm nur eine Art wohlwollender Opposition gemacht. Ihrer Politik der unbedingten Negation kann es nur erwünscht sein, wenn der Staat von Krisen geschüttelt und seine Existenzfähigkeit in der bisherigen Form noch mehr als bisher in Frage gestellt wird. Auf die Slawen braucht nicht mehr eingegangen zu werden, weil sie gegenwärtig mit den Tschechen eine taktische Einheit bilden.

Ich kann nicht finden, daß sich das Verhalten der Polen von diesen beiden geschmähten Gruppen wesentlich unterscheidet. Auch sie haben der zunehmenden Verwirrung mit einem ganz unverkennbaren Behagen zu. Seit dem Frieden mit der Ukraine sind die Polen ein für allemal in die Opposition gekommen, und es scheint, daß sie die Absicht haben, sich dieses parlamentarische Vorrecht besonders teuer abkaufen zu lassen. Der eigentliche Preis ist die autropolnische Lösung, mit anderen Worten: die Mobilmachung aller politischen Kräfte Oesterreich-Ungarns für die Erfüllung der polnischen Wünsche. Der erste davon ist die Zurückgabe des Cholmer Kreises. Was die Zukunft weiter noch bringen wird, weiß man nicht. Leider hält auch ein Teil der Deutschen die autropolnische Lösung noch immer für ein Heilmittel. Der tiefere Grund dafür scheint in der politischen Bequemlichkeit zu liegen. Das polnische Fahrwasser würde es ermöglichen, vorläufig in Oesterreich mit der bisherigen deutsch-polnischen Mehrheit zu regieren, nachher aber das Land Galizien einfach loszuwerden, um das es geradezu eine Schande ist, und dann mit einer deutschen Mehrheit im österreichischen Reichsrat auf dem Parlamentswege jene Nationalitätenpolitik zu erzwingen, die man jetzt unparlamentarisch oktroyieren will.

Der Parlamentarismus und der Sinn für verfassungsmäßige Garantie sind also in Oesterreich nicht gerade entwickelt. In dieser Richtung wollen sie nicht zugestehen, daß die erste Lat des parlamentarischen Empfindens in Oesterreich die Regelung der Nationalitätenfrage nach dem gemeinsamen Willen der beteiligten Völker sein muß. Solange man sich um diese Lat herumdrückt und das konstitutionelle Schlagwort nur als einen handlichen politischen Prügel gegen den augenblicklichen Gegner verwendet, solange wird man keine Sicherheit gegen unverantwortliche Einflüsse und Willkürlichkeiten erlangen können. Kommt eine Gelegenheit wie die jetzige, die ein energisches Handeln mit besonderer Dringlichkeit fordert, so benutzt man den nächsten besten Ministerpräsidenten als Prügelfinaben und meint, etwas getan zu haben.

Dr. Alexander Redlich.

Das Kabinett Seidler bleibt! Der springende Punkt war der von der schlagledigen Abordnung der Verfassungs- und der Mittelpartei des Herrenhauses überreichte Beschluß, der eine ziemlich scharfe Kritik gegen das Kabinett Seidler enthielt, und es war seit gestern bekannt, daß der Ministerpräsident die Absicht habe, falls die beiden Herrenhausgruppen, die ziffermäßig die Mehrheit im Herrenhause darstellen, auf dem in dieser Form zum Ausdruck gebrachten Mißtrauen beharren, zurückzutreten. Die Unterredung der Abordnungen der Herrenhauspartei mit Dr. von Seidler dauerte mehr als drei Stunden. Der für 14 Uhr nachmittags angesetzte Ministerrat wurde insolge dessen auf den Abend verschoben. Das Ergebnis der Unterredung besteht darin, daß die führenden Mitglieder der beiden Gruppen des Herrenhauses Dr. v. Seidler offiziell die Versicherung gegeben haben, daß die Entschliegung in keiner Weise als Mißtrauen gegen das gegenwärtige Kabinett aufzufassen sei und daß die Verfassungs- und die Mittelpartei so wenig wie bisher in der Zukunft die Absicht haben, der Regierung ihre Unterstützung zu versagen.

Ueber die Unterredung soll noch in den späten Nachtstunden eine amtliche Mitteilung veröffentlicht werden, in der auch das Recht der freien Meinungsäußerung der Krone im politischen Leben, jedoch unter völliger Deckung der Regierung, ausgesprochen und vertreten wird. Zugleich wird darin bekannt gegeben werden, daß diese Erklärung vollkommen den Anschauungen des Kaisers entspricht. Aus der Besprechung des Ministerpräsidenten mit den Herrenhausmitgliedern wird bekannt, daß Dr. v. Seidler erklärt habe, er sei bereit, für alle politischen Handlungen der Krone, mögen sie eine Gegenzeichnung tragen oder nicht, die Verantwortung zu übernehmen und zu tragen.

Der Ministerpräsident war auch in der Lage, dem allgemein verbreiteten Vorwurf entgegenzutreten, er habe dem Grafen Czernin als Minister des Aeußern nicht genügend unterstützt. Er besäße Beweise dafür, daß niemals zwischen ihm und dem Grafen Czernin sachliche Meinungsverschiedenheiten bestanden hätten. Durch die am Schlusse der Unterredung abgegebene Erklärung der Abordnung der beiden Herrenhausgruppen war der unmittelbare Anlaß, der zum Rücktritt Dr. v. Seidlers hätte führen können, beseitigt. Die Nachwirkung dieser Entspannung machte sich im Abgeordnetenhaus auch sofort bemerkbar. Die deutsche Partei, die noch vormittags — offenbar stark unter dem Einfluß des Vorstoßes aus dem Herrenhaus — eine oppositionelle Stellung gegenüber der Regierung eingenommen hatte, ließ abends dem Ministerpräsidenten die Mitteilungen zugehen, daß sie auf der Durchsetzung ihrer nationalen Forderungen im gegenwärtigen Augenblick nicht mehr bestehen, und daß sie sich gegenüber dem Kabinett freie Hand vorbehalte. Damit ist auch im Abgeordnetenhaus der letzte Anstoß, der jetzt zu einer Regierungskrise hätte